

25. / 7. 1917

**Die Autonomiefragen und der Städtebund.** Am 22. d. und unter dem Vorsitz des Abg. Kommerzialrates Denf im Ratshaus eine Sitzung des vom „Bund der deutschen Städte Österreichs“ eingesetzten Untersuchungsausschusses für die Fragen der Städteautonomie statt. An der Sitzung nahmen auch der Bundesobmann Bürgermeister Dr. Weiskirchner sowie über Einladung Regierungsrat Professor Dr. Brochhausen teil. Zur Erörterung gelangten in Fortsetzung der Generaldebatte die Fragen der Einteilung der Personen in der Gemeinde. An der Erörterung beteiligten sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner, welcher insbesondere auf die in vielen Städten durch den Zugang zahlreicher Flüchtlinge entstandenen Fragen hinwies, ferner die Abgeordneten Professor Dr. Redlich und Kommerzialrat Denf, die Bürgermeister Dr. Dinghofer (Sitz), Dr. Bornemann (Auffig), Landtag. Dr. Jarolim (Bränn) und Stadtrat Dr. Osthof (Auffig). Regierungsrat Professor Doktor Brochhausen vertrat den Standpunkt, daß die Einteilung der Personen in der Gemeinde im Zusammenhang mit den für die Wahlberechtigung maßgebenden Grundsätzen durchgeführt werden soll. Die Ausnahme der Flüchtlinge in eine Gemeinde beruhe auf einem Nothrecht, welches den Flüchtlingen nirgends versagt wurde; doch müsse es als *ausgeschlossen* bezeichnet werden, daß aus dem Aufenthalt der Flüchtlinge sich für diese politische Rechte, wie insbesondere das Wahlrecht, ergeben. Es wurde beschlossen, für die bisher durchberatenen Gegenstände Berichterstatter einzusetzen, und zwar wurden gewählt: Magistratsdirektor Dr. Ringhaan (Reichenberg), Bürgermeister Dr. Storch (Komolau), Landtagsabgeordneter Doktor Jarolim (Bränn) und Stadtrat Dr. Osthof (Auffig). — Der Bundesobmann Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete dann über die Gründung der „Österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung“ und machte dabei den Vorschlag, der Städtebund möge an das Präsidium der „Waffenbrüderlichen Vereinigung“ mit der Anregung herantreten, es sei im Rahmen dieser Vereinigung eine Abteilung für Städtewesen zu schaffen, in welcher unter Teilnahme der Vertreter des Städtebundes und einer Reihe von sonstigen Fachmännern auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Praxis alle die städtischen Gemeinwesen berührenden Fragen, insbesondere auch die Fragen der städtischen Verfassung, beraten werden sollen. In der reichsdeutschen waffenbrüderlichen Vereinigung bestehe eine Gemeindeabteilung bereits; durch ein geeignetes Zusammenwirken könnten beide Teile wertvolle Ergebnisse erzielt werden. Der Vorschlag des Bürgermeisters fand allseitige Zustimmung.